

II-1453 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 15. April 1991
GZ.: 10.101/84-XI/A/1a/91

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

505/AB

1991-04-15

zu 483 J

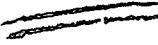
In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 483/J betreffend Beitrag Österreichs zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Umgestaltung Osteuropas, welche die Abgeordneten Wabl und FreundInnen am 15. Februar 1991 an mich richteten, stelle ich fest:

Zu den Punkten 1, 2, 6 und 7 darf auf die Beantwortung des Herrn Bundeskanzlers (485/J) verwiesen werden.

Zu den Punkten 3, 4, 9, 10 und 11 der Anfrage:

Selektive, bilaterale Wirtschaftskooperationen existieren, wobei die Wahl der betrieblichen Kooperationsform jedoch in erster Linie der Entscheidung der beteiligten Unternehmen, die sich dabei an den Marktgegebenheiten orientieren, vorbehalten bleibt. Besondere Bedeutung kommt dabei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen zu. Österreichische Unternehmen sind an rund 2.500 der insgesamt 16.000 von westlichen Unternehmen in Osteuropa eingegangenen Joint-Venture-Vereinbarungen beteiligt. Damit ist Österreich der zweitgrößte westliche Kooperationspartner.

Republik Österreich


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Im Mittelpunkt zahlreicher bilateraler Kontakte auf Beamten- und Expertenebene steht die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen in Ost- und Zentraleuropa. Schwerpunktbereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind dabei die Sektoren Energie und Umwelt, Infrastruktur und Tourismus.

Die BÜRGES-Förderungsbank wurde darüberhinaus beauftragt, osteuropäische Länder bei der Errichtung eines Finanzierungsförderungssystems für Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen.

Im Bereich Tourismus ist neben den betrieblichen Kooperationen die Management- und Berufsausbildung ein erklärtes Ziel des Wirtschaftsministeriums. Es werden vor allem Fachkurse für Gewerbetreibende und zwar für Betriebsgründungen und Personalmanagement sowie für das gehobene Hotelmanagement und für Reisebüroangestellte durchgeführt. Unterstützungen werden auch im Bereich der Marktforschung für Tourismusangebote gewährt.

Im Bereich Energie und Umwelt liegen die Möglichkeiten Österreichs, an der Restrukturierung und Erneuerung der Energiewirtschaft ost-europäischer Staaten mitzuwirken; in erster Linie fachliche Mitarbeit von Experten (Bereitstellung organisatorischen und technischen Know hows); weiters in der Mitwirkung an der Verwirklichung einschlägiger Investitionsprojekte wie z.B.:

- Erfahrungsaustausch zwischen österreichischen und ausländischen Fachleuten aus Behörden, Unternehmungen und sonstigen Fachinstitutionen
- Managerausbildung vor allem für mittlere Führungskräfte
- unmittelbare Beratung bzw. Mitwirkung bei der Erstellung praktisch realisierbarer Energiekonzepte
- Kooperation bei der Nutzung bestehender Anlagen der Energiewirtschaft, wie Öl-, Gas- und Stromleitungssysteme, Kraftwerke, Raffinerien usw.

- Produktion schadstoffärmerer Treibstoffe, Elektrifizierung der Bahnnetze
- Mitwirkung an der Erneuerung bestehender Kraftwerke, Raffinerien und energieintensiver Produktionsanlagen sowie an allfälligen Neuerrichtungen; dabei wird insbesondere der Nutzung erneuerbarer Primärenergien sowie dem Naturgas als umweltfreundlichen Energieträger einerseits und dem Einbau von Abgasreinigungsanlagen und der Abwärmenutzung andererseits entsprechender Vorrang eingeräumt
- Beratung über Energiesparpotentiale

Ziel der Bemühungen ist die Nutzbarmachung österreichischen Know hows im Rahmen gemeinsamer Vorhaben in den Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas. Die formalen Rahmenbedingungen dazu sind den bilateralen Gegebenheiten entsprechend zu gestalten, wobei eine themengeordnete und praxisgerechte Gliederung der energie- und umweltpolitischen Zusammenarbeit mit den einzelnen Partnerländern gewährleistet werden sollte.

Die Weltbank hat sich an der Finanzierung von Energie- und Umweltschutzprojekten sehr interessiert gezeigt. Österreich ist bemüht, in diesem internationalen Rahmen durch Expertenunterstützung bei der raschen Identifizierung und Ausarbeitung von Projekten sowie durch Teilnahme an der Kofinanzierung einen besonders aktiven Beitrag zu leisten.

Neben innerösterreichischen Optionen für eine Finanzierung bzw. Finanzhilfe für energierelevante Projekte in den Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas wird jedoch - auch mit Blickrichtung auf eine zu schaffende europäische Energiegemeinschaft respektive einen europäischen Energieverbund - unter allen Umständen eine internationale Finanzierung nötig sein, um der Größenordnung der Gesamtproblematik gerecht werden zu können.

Republik Österreich


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

Zu den Punkten 5, 17, 18 und 19 der Anfrage:

Sofern für Kooperationsprojekte Förderungsmittel in Anspruch genommen werden, unterliegen diese Vorhaben den Vergabерichtlinien und der begleitenden Kontrolle der förderungsvergebenden Institutionen.

Zu Punkt 8 der Anfrage:

Der Bau von Autobahnen und Schnellstraßen erfolgt in den Ost-Reformländern wie in anderen Staaten aufgrund staatlich autonomer Entscheidungen. Lediglich bei grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastrukturen besteht eine direkte Einflußmöglichkeit der Nachbarstaaten. Hier wird Österreich nur ökologisch vertretbaren und aus österreichischer Sicht notwendigen Maßnahmen zustimmen.

Die Beteiligung österreichischer Unternehmen am Aufbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist zu erwarten.

Zu Punkt 12 der Anfrage:

Im Rahmen der Pentagonale-Aktivitäten sowie aufgrund der Mitarbeit bei der Transeuropean Motorways (UNIDO) hält das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten - soweit es sich um Straßenbauvorhaben handelt - Kontakte zu den betroffenen Ländern. Darüberhinaus ist derzeit geplant, eine länder- und verkehrsträgerübergreifende Studie zum Gesamtverkehr in Mittel- und Osteuropa österreichischerseits zu initiieren und zu fördern. Dadurch können die teilweise noch fehlenden Grundlagen für die definitive koordinierte Auswahl zukünftiger Verkehrssysteme für diesen Raum geschaffen werden.

Grundsätzlich ist die Anbahnung von Geschäftsverbindungen nicht Aufgabe eines Mitgliedes der Bundesregierung. Um Wirtschaftskontakte herzustellen, werden Vertreter der österreichischen Wirtschaft (Bundeswirtschaftskammer) bei Auslandskontakten beigezogen.

Republik Österreich


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 5 -

Zu den Punkten 13, 14, 15 und 16 der Anfrage:

Spezielle Dienstreisen zur Abklärung von Geschäftsvermittlungen wurden und werden nicht durchgeführt. Fallweise werde ich - ebenso wie ausländische Staatsbesuche in Österreich - von Wirtschaftsdelegationen begleitet.

Zur Vertretung der österreichischen Wirtschaft im Ausland wurden von der Bundeswirtschaftskammer Handelsdelegationen in den jeweiligen Ländern eingerichtet. Deren Leiter fungieren - ebenso wie die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland - als Berater für wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Aufgrund dieser Einrichtungen werden keine Konsulenten bzw. Unternehmensberatungsfirmen herangezogen.

